

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 M. pro Woche, 7.50 M. pro Monat. Durch die Post 7.50 M. pro Monat.  
Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr.  
Probuftigenoffenschaft für die Provinz Schlessen, e. S. m. b. H., Breslau.  
Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Montag, 19. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 M. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gepaltene oder deren Raum im Text 3.- M.

## Dokumente zum Kapp-Prozess.

### Aus den Akten des Freiherrn Hohningen-Huene. — Die Beteiligung der „Deutschen Tages-Zeitung“. — Wer ist Agricola? — Der Eid des Herrn Dr. Martin in Leipzig.

Die Kappverbrecher haben Unglück. Es war in Leipzig alles so schön eingeleitet: Die Zeugen von Koske bis zum Reichswehrgeneral bemühten sich, in Einheitsfront die Schulbigen zu entlasten. Die Verschwörer selbst waren nur „stille Teilhaber“. Herr Bergth von der Deutschnationalen Volkspartei schwor Stein und Wein, daß seine Partei nichts von dem Kapp-putsch gewußt hätte. Und weder vor, noch nach dem Kapp-putsch mit den Ludendorff Oberst Bauer, mit den Schiele und Schnitzler in Verbindung gestanden hätte. Aber sie hatten die Rechnung ohne die kommunistische Partei gemacht. Aus den März-kämpfen des Jahres 1920, aus den Kämpfen im Ruhrgebiet, aus der Zeit Watters her, besaß unsere Partei eine Reihe von Schriftstücken und Dokumenten, die seinerzeit dem baltischen Baron Freiherrn von Hohningen-Huene abgenommen wurden, als er sich im Rheinland in die Organisation der kämpfenden Arbeiter einzuschließen versucht hatte. Als im Kapp-putsch-Prozess der Name Agricola auftauchte, ergab sich, daß auch die in unserer Hand befindlichen Dokumente eine Reihe von Schriftstücken aufwiesen, die gleichfalls mit „Agricola“ gezeichnet waren. Dieser Agricola ist, wie die Dokumente ergeben werden, identisch mit dem Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ W. Scheuermann. Scheuermann ist der militärische Leiter der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin gewesen. Er hat eine Reihe von Spiegeln beschäftigt, darunter den Hohningen und die von uns veröffentlichten Briefe und Telegramme beziehen sich auf die Geldforderungen des Hohningen an die Partei.

Was haben nun diese Dokumente mit dem Kapp-putsch selbst zu schaffen?  
Im Kapp-Prozess in Leipzig hat der als Verteidiger fungierende Rechtsanwalt Dr. Martin einen seltsamen Eid geleistet. Uns liegt der Prozess-Bericht des „Berliner Tageblatts“ vom 12. Dezember vor. Wir finden darin folgende Aussagen, die Dr. Martin unter Eid machte:

**Bors.:** Wer ist denn der sogenannte Agricola?  
**Dr. Martin:** Oberst Bauer.  
**Dr. Martin:** (Nach einem Zögern) Diese Uebersetzung liegt doch wohl sehr nahe.  
Wir verstehen das Zögern des Herrn Dr. Martin. Dieser Eid wollte geleistet sein! Um so mehr ist dieses Zögern verständlich, wenn man die nachfolgenden Dokumente liest, die uns im Original vorgelegen haben und die nunmehr dem Weg über die Reichstagsfraktion der SPD. nach Leipzig gehen werden:  
Telegraphie des Deutschen Reiches.  
Amt: Hamm, Westf. An Hohningen, Langestr. 59 Hamm, Westf.  
Aufgen. 27. 8., 8 Uhr 10 M. von D. 1 durch S, A, Telegramm aus Erkner, 12, 27. 8. 650 S.  
Sandte eben Geld durch Anweisung, Brief folgt.  
Agricola.

Danach wäre also der berühmte Agricola, der flüchtige Oberst Bauer am 27. 8. noch in Berlin gewesen. Es ist aber nicht so. Denn das Postamt Erkner hatte zu gleicher Stunde noch eine andere Sendung zu befördern, nämlich dem in Geldnot befindlichen H. H. seine Spitzelgelder zuzuführen. Und so liegt uns denn folgender Postabschnitt vor:  
(Stempel) Erkner 27. 8. 20. 7 bis 8 u. a.  
Eingezahlt am 27. 8. 1000 M.  
Abfender: W. Scheuermann, Freiendruck, Post Erkner i. d. Mark.

Dieser Beleg ist der Identitätsbeweis für die Personation zwischen Agricola und Scheuermann. Eine Identität, die noch aus Dutzenden anderer Belege nachzuweisen ist, die im Gepäck des Herrn von Hohningen-Huene gefunden wurden.

Herr Dr. Martin leistet seltsame Eide. Er strebt offenbar nach großen Vorbildern. Wie sagte doch der Kappoberst Lebedour in Hamburg? „Ich brauche nötigenfalls von 8 bis 9 Uhr alle Eide, die ich von 7 bis 8 Uhr geleistet habe.“  
Aber eine Bedeutung von anderer unendlich wichtiger Natur liegt in diesen Dokumenten enthalten. Der

Kapp-putsch und der Kapp-Prozess sind durch das Verhalten der Gerichte zu einer lächerlichen Farce geworden. Die Blutschuld, die die Urheber des Unternehmens auf sich geladen haben, alle die schweren Kämpfe und Verluste der Arbeiter in Mitteldeutschland und Rheinland, schienen in Vergessenheit zu geraten. Die Deutschnationalen verstanden es mit Hilfe der Gerichte zu erreichen, daß eine direkte Verbindung zwischen ihnen und den Kappisten nicht zu ermitteln war. Heute ist die direkte Verbindung erwiesen, gerichtsnotorisch erwiesen, juristisch hieb- und stichfest durch die Vorlegung folgender Dokumente, die durch die kommunistische Partei hiermit vor breiter Öffentlichkeit erfolgt. Derselbe Agricola, Alias W. Scheuermann hat nämlich die Undorichtigkeit befohlen, sein Gewerbe als Kappistenschef nicht nur von Erkner, sondern auch von seinem Büro in der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin SW. 11, auszuüben. Wir stellen einen regen Brief- und Geldverkehr zwischen dem Haus der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin SW. 11, Dossauerstr. 6/7 und Herrn von Hohningen-Huene fest. So hat am 25. 9. 20, 5 bis 6 Uhr u. Stempel: 9 D. des Postamts W. 9 Herr W. Scheuermann, Berlin SW. 11, Dossauerstr. 6/7, 1000 M. an Hohningen abgefannt. Der Briefverkehr des Agricola mit Westfalen ist gleichfalls in unserer Hand. Wir geben nachstehend das Dokument Nr. 3 wieder:

1. Bereits eingereichte Pläne haben besonders interessiert, deren Vervollständigung, bitte, dauernd im Auge behalten.
  2. Großes Interesse für Berichte aus Essen. Auch Versammlungsberichte der SPD. und USPD.
  3. S. J., wenn möglich auch Kupferdreh.
- gez. Agricola.“  
Aug. Postadressen wurden von Agricola für Hohningen-Huene angegeben:  
„Sendungen in Zukunft wechselweise schicken an:  
1. Frau Auguste Nau, Essen, Frau Bertha, Kruppstraße 5.  
2. Ernst Hermann Vogelhang, Bochum, Friedrichstraße 11.  
3. Ernst Hermann Vogelhang, Bochum, Albertstr. 8.“  
gez. Agricola.“

Das wertvollste und schwerstbelastende Dokument für die Deutschnationalen ist aber der vierfach mit Poststempel versehene Postablieferungsschein über eine Sendung nach Berlin, der sich bei den Papieren des Barons Huene befand, als dieselben von unseren Genossen gefunden wurden. Wir geben ihn hiermit zur Kenntnis:  
Postablieferungsschein.  
Gegenstand: Ebsf.  
abgef. von Freih. von Hohningen-Huene, Hamm in Westfalen, Langestraße 59.  
an: Herrn Scheuermann, „Deutsche Tageszeitung“, Berlin, Dossauer Straße 6/7.  
Quittung des Empfängers: W. Scheuermann (eigenhändige Unterschrift).  
Bestellvermerk: selbst.  
Postbote Wenter, 24. 9. 20.  
Rückschein.  
Berlin SW. 11, Stempel C 24. 9. 20. 12 bis 1 u. a.  
an: Freiherr Hohningen-Huene in Hamm i. W.  
Wir empfehlen allen hohen Reichsbehörden, Ministerien, Reichstag, Landtagen, Reichsgericht, Landgerichten, Schwurgerichten, Amtsgerichten, dieses Dokument mit Aufmerksamkeit zu studieren. Es geht nämlich aus ihm hervor, daß Agricola — Scheuermann von seinem Redaktionsbüro in der „Deutschen Tageszeitung“ aus die Bewegung gegen die Arbeiterchaft in Rheinland-Westfalen leitete. Es geht daraus hervor, daß Agricola nicht außer Landes war, wie es die Herren Verteidiger in Leipzig hinstellen beliebten (teilweise unter Eid), sondern daß er frisch und munter in Berlin saß, während die Truppen des Generals von Watter, von demselben Kapp-Agricola aus dirigiert, der angeblich verfolgt wurde, ihre Heftersarbeit im Rheinland verrichteten. Wir empfehlen aber auch der ehrenwerten Deutschnationalen Volkspartei in Zukunft mit ihren Ablenkungsversuchen etwas vorsichtiger zu sein. Wird der Landtagsabgeordnete Böcker, der Chefredakteur

der „Deutschen Tageszeitung“ noch weiterhin die Führung haben, die Verbindung der Kappisten mit der D.M.B. abzubrechen, wo doch Agricola von seinem eigenen Hause aus die Bewegung leitete. Die Dokumente haben letzten Endes aber noch eine andere wichtige Bedeutung: So wie es dem Reichsgericht nicht gelungen ist, den Agricola zu ermitteln, obwohl es der SPD. gelang, so wird es auch der hohen Justiz niemals gelingen, die wahrhaft Schuldigen an all den blutigen Morden an der Arbeiterchaft zu finden, weil ihnen zwar nicht die Mittel, aber der Wille dazu fehlen. Für die Arbeiterchaft besagen diese Dokumente, daß sie genau so wie es ihre schärfsten Gegner getan haben, auf der Hut sein muß, um den Klassenfeind im gegebenen Augenblick wirksam abzuwehren. Unser Vertrauen auf Recht und Richter ist gleich null. Nur im Vertrauen auf unsere eigene Latkraft werden wir in stande sein, die Ränke und Pläne, die Waffenschiebungen und putschvorbereitungen der nationalistischen Rechten abzuwehren.

## Der Sinn der Reparationstrife.

Auslands-Wissenschaften.  
A. R. In der Reparationsfrage herrscht gegenwärtig eine wüste Verwirrung und die bürgerliche Presse Deutschlands bemüht sich, diese Verwirrung noch zu steigern, um die breiten Massen der Bevölkerung besser überhölpeln zu können. Um so nötiger ist es, ganz klar auszusprechen, was vorgeht.  
Es handelt sich in der Reparationskrise um zwei verschiedene Dinge: Da ist zunächst die finanzielle Frage und dann die allgemeine westpolitische Frage. Finanziell ist Deutschland verpflichtet, an die Entente jährlich eine sogenannte Annuität von zwei Milliarden Goldmark zu zahlen. Zweitens muß Deutschland jährlich einen Betrag leisten, der dem Wert von 26% der deutschen Ausfuhr entspricht. Man schätzt die letztere Jahresverpflichtung Deutschlands auf etwa 1 1/2 Milliarden Goldmark. Beide Arten von Zahlungen Deutschlands sollen in Vierteljahresraten erfolgen. Am 15. Januar 1922 ist die erste Rate von den zwei Milliarden Goldmark fällig, also 500 Millionen Goldmark und im Februar ist das erste Viertel von den 26% des Ausfuhrwertes zu erlegen, also etwa 350 Millionen Goldmark. Diese Goldmark kann sich jeder selbst leicht in Papiermark umrechnen, wenn er aus der Zeitung den jeweiligen Wert der Geldtafel ermittelt. Der Dollar ist gleich 4 Goldmark. Wenn gegenwärtig der Dollar gleich 160 oder 180 oder 200 Papiermark ist, kann man leicht die märchenhafte Summe ermitteln, die Deutschlands Januar- und Februarzahlungen bedeuten. Und solche Zahlungen sind nach dem Versailler Vertrag acht im Jahre fällig! Die Wirthschaftsregierung ist nicht in stande, aus eigener Kraft die Januar- und Februarrate aufzubringen. Deshalb strebt sie entweder ein Moratorium an, also einen Zahlungsaufschub, oder sie sucht sich eine Anleihe zu beschaffen, um aus deren Erlös den fälligen Betrag zu decken. Diese Anleihe kann die deutsche Regierung entweder im Ausland erhalten (England oder Amerika), oder sie erbettelt sie sich vom deutschen Kapital (Kreditaktion oder Industrie). Dann gibt es noch eine dritte Möglichkeit: Nicht das Reich nimmt die Auslandsanleihe auf, sondern die deutsche Industrie, und diese stellt dann der Regierung den Betrag zur Verfügung.  
Es ist ganz klar, daß eine derartige rein finanzielle Lösung der Frage eine wirkliche Entlastung für die deutsche Wirthschaft nicht bringen kann. Denn ein Moratorium bedeutet ja nur einen Aufschub auf begrenzte Zeit. Nach Ablauf der Moratoriumsfrist wäre aber das alte Elend wieder da. Kömmt aber das Reich eine Anleihe auf, so muß es dafür schwere Zinsen zahlen und ferner gibt es gar nicht so viele Anleihebedingungen in der ganzen Welt, um Deutschlands Zahlungsverpflichtungen auch nur für ein Jahr zu decken.

Aus diesem Grunde hat das deutsche Großkapital, an der Spitze Stinnes, eine ganz andere Lösung vorgeschlagen: Bei den Verhandlungen von Stinnes in London war das Moratorium gar nicht die Hauptsache, sondern es handelte sich um viel größere Zusammenhänge. Der „Manchester Guardian“ schrieb darüber: „Der deutsche Plan besteht, wie jetzt gut bekannt ist, darin, englisches und anderes fremdes Kapital für ein großes Projekt des wirtschaftlichen Aufbaues nicht allein in Rußland, sondern auch in Deutschland und anderswo zu gewinnen. Wenn sie dieses fremde Geld erhalten, sind die deutschen Industriellen bereit, der deutschen Regierung das nötige Geld für die Reparationen zu besorgen. Man ist überzeugt — und das ist auch die Ansicht der Reparationskommission —, daß die deutschen Industriellen imstande wären, das Geld für die Januar- und Februarraten aufzubringen. Aber es ist zweifelhaft, ob die deutsche Regierung die nötige

Autorität hat, um von ihnen das Geld heraus zu bekommen, außer zu den Bedingungen, welche die Industrie selbst stellt."

Dieser Plan des deutsch-englischen Miesentrusts unter Führung von Stinnes zur Ausbeutung von Mittel- und Ost-europa war zunächst in England freundlich aufgenommen worden. Es sei nur an die vielbesprochene Denkschrift erinnert, die der Verband der britischen Industriellen veröffentlichte. Dort war angeregt worden, daß das ausländische, das heißt, englische Kapital sich an allen Werken der deutschen Industrie beteilige, einschließend der von Stinnes dem Staat abzunehmenden Eisenbahnen. Das war ungefähr dasselbe, was Stinnes auch wollte. Aber dieser Plan hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil er den großen politischen Interessen Frankreichs widerspricht. Frankreich hat die Absicht, sich weiter Deutschland als tributpflichtige Kolonie zu erhalten.

Frankreich will systematisch sich sämtliche Rohstoffquellen der deutschen Schwerindustrie aneignen (Lothringische Erze, Saargebiet, Oberschlesien, Ruhrgebiet). Diese Raubpläne des französischen Großkapitals wären aber undurchführbar, sobald die deutsche Schwerindustrie sich mit der englischen verbündet. Auch eine deutsch-englische Reorganisation der russischen Wirtschaft ist den französischen Kapitalisten unerwünscht, weil sie diese riesige Ausbeutungsmöglichkeit sich selbst vorbehalten wollen.

Die gesamte Weltlage nötigt gegenwärtig die Engländer, auf Frankreich Rücksicht zu nehmen. Erstens hat der sogenannte Washingtoner Vierbund den Sinn, daß England und Frankreich bei künftigen Konflikten zwischen Amerika und Japan vermittelnd eingreifen. England will einen amerikanischen-japanischen Krieg um jeden Preis verhindern und bei dieser schwierigen Aufgabe braucht es die Unterstützung Frankreichs. Zweitens ist das englische Kapital um seine Positionen im Orient besorgt. England braucht eine allgemeine Verständigung mit Frankreich, um nicht aus Konstantinopel und Mesopotamien herausgedrängt zu werden. Deshalb ist die englische Bourgeoisie gar nicht imstande, so gern sie es auch möchte, Arm in Arm mit Stinnes dem Franzosen davonzulassen. Die Schwächung der englischen Politik in den letzten Tagen ist auffällig und klar. Immer wieder wird von englischer amtlicher Seite versichert, daß man nichts ohne Frankreich tun werde. Herr Loucheur ist von seiner Londoner Reise sehr befriedigt zurückgekehrt. Bei den deutschen Londonphilisten Stinnes und Rathenau ist das aber nicht so sicher.

Da der große Stinnesplan ins Wasser gefallen ist, bleibt nur eine rein finanzielle Behandlung der Reparationsfrage möglich. Es ist da noch auf einen Punkt hinzuweisen: Deutschland hat in diesem Sommer mit Hängen und Würgen eine Milliarde Goldmark gezahlt. Nach den Abmachungen zwischen den Entente-mächten hat Belgien einen Vorrugsanspruch auf die beiden ersten Goldmilliarden, die Deutschland in bar zahlt. So ist die erste Milliarde planmäßig nach Belgien gegangen, aber Belgien ist seinerseits wieder an England verschuldet, und die Engländer haben es verstanden, von den Belgiern einen erheblichen Teil der Goldmilliarde wieder herauszuholen. Darüber ist Frankreich sehr verstimmt, weil es selbst von der ersten Goldmilliarde nichts erhielt. Die Franzosen haben ein starkes Interesse daran, daß die ersten Barzahlungen Deutschlands möglichst prompt erfolgen, denn sobald man die ersten zwei Milliarden hinter sich hat, die Belgien zufallen, kommt auch Frankreich als Empfänger an die Reihe. Schon deshalb ist Frankreich für ein einfaches Moratorium nicht zu haben und Belgien, das der Hauptleidtragende wäre, noch weniger. Für die Zeit bis zur Entscheidung der zwei ersten Goldmilliarden wollte sich Frankreich etwa schadlos halten mit Hilfe des Wiesbadener Abkommens. Der Wiesbadener Vertrag, dieses tragwürdige Meisterstück des Herrn Walter Rathenau, bedeutet für Deutschland eine unerhörte Mehrbelastung in Gestalt der an Frankreich gehenden Sachlieferungen. Bekanntlich soll der deutschen Regierung der Wert der Sachlieferungen an Frankreich zunächst nur zu 35% angerechnet werden. Auf der anderen Seite er-

halten aber die deutschen Unternehmer für ihre Lieferungen von der deutschen Regierung volle 100%. Das war Rathenau's Trick in Wiesbaden. Dieser Extrahappen für Frankreich ist nun wieder den Engländern unangenehm. Deshalb beschäftigten sich die gegenwärtigen englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage nicht nur mit den kommenden Zahlungen Deutschlands, sondern auch mit Wiesbaden und mit der Verteilung der ersten Goldmilliarde.

Sollte Frankreich irgendeiner Zahlungsverleigerung für Deutschland zustimmen, so würde es als Gegenleistung die Anerkennung des Wiesbadener Vertrags durch England und eine Neuverteilung der ersten Goldmilliarde fordern. Frankreich hätte auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Deutschlands Januar- und Februarzahlungen mit Hilfe einer englisch-amerikanischen Anleihe ermöglicht würden. Ob eine solche Anleihe zustande kommt, läßt sich noch nicht bestimmt sagen. Auf jeden Fall würden die englischen Geldgeber sich verschärfte Sicherungen in Gestalt einer genauen Kontrolle von Deutschlands Einnahmen und Ausgaben verschaffen. Eine solche Unterstellung der gesamten deutschen Wirtschaft unter die Ententeaufsicht verlangt auch Frankreich ständig, um so Deutschland „zahlungsfähig“ zu machen.

Die Massen der deutschen Bevölkerung haben also aus London keine Erlösung aus der Reparationsnot zu erwarten, sondern möglichst sind höchstens gewisse Kreditoperationen, die einem verdoppelten Druck des Ententekapitals auf die deutsche Wirtschaft mit sich bringen. Wie aber gegenwärtig in Deutschland die politischen Machtverhältnisse liegen, sind die deutschen Kapitalisten instand, diesem Druck auszuweichen, so daß die ganze Last auf die Proletarier fällt. Die Hilfe für die Arbeiterklasse kann nicht durch die Rathenau-Konferenzen am Londoner grünen Tisch kommen, sondern nur durch die Erweiterung der proletarischen Macht.

**Politische Übersicht.**  
**So sehen die Enthüller aus!**

Weil die Massen aus der Stinnes-Koalitionspolitik der SPD. die Konsequenzen zu ziehen begannen, weil das Ansehen der SPD. bei den Arbeitern wuchs in Anbetracht dessen, daß sie allein für die wirkliche Erfassung der Sachwerte war und ist, weil die SPD.-Arbeiterklasse in den Kommunisten ehrliche Klassenkämpfer sah, mit denen eine revolutionäre Einheitsfront gebildet werden mußte, weil dem Herrn Kadbruch die Umwälzung der politischen Verhältnisse anders nicht mehr zu hintertreiben gelang, weil nicht zum wenigsten auch die Kasse, Südekum, Heine usw. unsterblich im Rapp-Prozess blamiert wurden

**deswegen hat man „enthüllt!“**

Enthüllt aber hat man nur die Schande der SPD. Denn sie hat jenen Spitzelapparat als Regierungspartei geschaffen, mit dem die SPD. bearbeitet wurde. Jeder verständige Arbeiter weiß, daß selbst die beste Partei sich vor den Regierungsspitzeln nicht retten kann. Jeder alte Arbeiter, der die Sozialistengesetze miterlebt hat, weiß, daß auch in der alten Partei Spitzelgeschichten vorliefen.

Wer die Enthüller wirklich kennen lernen will, der erinnere sich nur des Prachteremplars der SPD., Kasse.

Dieser tüchtig entwischte Enthüller hat in Leipzig den Futichisten Kurtz einen Mann von dem politischen Verständnis eines siebzehnjährigen Kadetten genannt.

Aber erinnern wir uns recht! Dieser sogenannte siebzehnjährige Kadett erhielt von Kasse den Standrechtshof gegen Proletarier im März 1919, der Lawenden das Leben kostete. Dieser Kadett hat die Soldatenräte abgehaßt und den kaiserlichen Offizieren die Macht in die Hand gegeben, bis sie stark genug waren, zu putzen. Dieser Kadett hat die Einwohnerwehren mit Zeitfreiwilligenformationen

schwerbewaffnet gegen Arbeiter entsandt. Dieser Kadett hat den berüchtigten Daktilumern immer wieder den Rücken gestärkt. Dieser Kadett hat die Technische Nothilfe organisiert, jene Streikbrecherbanden der Bourgeoisie. Dieser Kadett hat endlich die Arbeiterbewegung mit einem Heer von Spitzeln durchdringt. Alles das im direkten Auftrag Kasses, der damals den „siebzehnjährigen Kadetten“ gerade für ausgezeichnet befand, gegen das Proletariat zu wüten.

Und solche Leute, die die deutsche Revolution an eine Clique von wilhelminischen Offizieren verraten haben, wollen sich entrüsten über die SPD., wollen die „Arbeiterfeindlichkeit“ der SPD. geteilt, wollen „Enthüllungen“ machen?

Auf einen solchen Schwindel fällt wirklich kein Arbeiter mehr herein.

**Der Brief Kurtz Frankes und die Wahrheit.**

Die „Volksmacht“ hat den im „Vorwärts“ veröffentlichten Brief des Genossen Frank ebenfalls abgedruckt. Der Verfasser des Briefes, der zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, geht bei seinen scharfen Anklagen von folgendem Satz aus, der im „Klassenkampf“, unserem Hallenser Bruderorgan, gestanden hat:

„Vom politischen Standpunkt hat das Proletariat kein Interesse an der Freilassung der hungernden Genossen. Ihr Opfertod kann die Brutalität der herrschenden Klassen nur enthüllen und den Haß der Massen gegen ihre Bedrücker bis zur Todfeindschaft steigern.“

Frank hat offenbar diesen Satz nicht dem „Klassenkampf“ entnommen (zumal unter dem sozialdemokratischen Reichsjustizminister kommunistische Zeitungen in den Zuchthäusern nicht geduldet werden), sondern zitiert ihn aus zweiter Hand, vielleicht aus der „Volkszeitung“, die den Satz abgedruckt hat. Frank baut auf diesen einen Satz seine ganze Theorie auf, daß es der Führung der SPD. nicht um die Freilassung der Gefangenen ankomme, sondern um parteipolitische Geschäfte.

Nun ist der Satz völlig aus dem Zusammenhang gerissen worden. Und darum ist wohl auch der Genosse Frank ein Opfer dieses innerlich falschen Plats geworden. Es wird, um die fällig ungerechtfertigten Kommentare der SPD.-Presse zu diesem Fall zu entkräften, genügen, wenn wir die unmittelbar auf den oben zitierten Satz folgenden Worte aus dem „Klassenkampf“ veröffentlichen:

„Vom menschlichen Standpunkt aus muß das Proletariat aber die Freigabe seiner Brüder und die Rückgabe an ihre Familien, unbekümmert um die politische Wirkung, fordern. Sollten aber reaktionäre Einflüsse die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen zu verhindern suchen, so sei hiermit gesagt: Der deutschen Bourgeoisie darf es nicht gelingen, die Grenzfälle des Zarisismus im alten Rußland zu übertreffen! . . .“

Wir appellieren an das sozialdemokratische Gewissen des Reichspräsidenten Ebert, Justizministers Dr. Radbruch und an den christlichen Glauben des preussischen Justizministers am Zehnhoff, den Dualen der Verzweifelte in Lichtenburg ein Ende zu machen. Als Warnung mag ihnen in den Ohren klingen der hunderttausendfältige Ruf des Proletariats:

**„Gibt heraus unsere in Hungerqualen der Verzweiflung ringenden gefangenen Brüder!“**

**Pressfreiheit in der Ebert-Republik.**

Unser Bruderorgan für Düsseldorf, die „Freiheit“ ist für acht Tage verboten worden durch den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Gruenert. Der angebliche Grund ist ein Artikel „Die Schupo des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten als Arbeitermörder“, in welchem die amtlichen Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Märzaufruch vorliegen.

**WIRBELSTURM.**  
**ROMAN VON ANDOR NAGY.**  
\*  
**AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIPT**  
**UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.**

32.) (Ständred verboten.)  
Wie weit entfernt war Abel von seiner Frau! Er betrachtete das stehende verzweifelte Weinen seines Schicksalsgefährten um die Frau, wegen der Frau. Sah vor sich die vernachlässigte, häßliche, in die Breite gewogene, arme, schwache und formlose kleine Jüdin, sah wie sie vielleicht am Tor im Morast vor den roten Soldaten kniete, sah das Haar rau, flüchtig, den Nachtsteinen die Füße küßt, um ihren Mann noch einmal sehen zu können... Und was hat ihr dieser arme, unbeholfene Mann gegeben? Armut, Hunger, Bettelkämpen, die Last und Sorgen der sechs Kinder... Und nun, weinen sie um einander mit herzzerreißenden Weinen!... Er aber hat niemand... Nein, die Frau soll ihn nicht so sehen, die niemals wirklich die Seine war, die für ihn sie ein gutes Wort hatte, die ihn bloß geduldet, verhöhnt und verachtet, die alles hoffnungsvoll genommen und nichts gegeben, weder weibliche Aufmerksamkeit, noch menschliche Güte, die ihn vollkommen verlassen, die sich von ihm nun scheiden läßt, auf ihrer Seite mehr ihn gehört... Nein, nein, er will diese Frau nicht einmal sehen!... Woja? Es ist ohnehin alles erledigt!... Soll er sie um etwas bitten? Sie bitten?... Nein, nein es ist ohnehin vergeblich!... Woja sollte noch all dies sein!...  
„Du frage ich, Jude!“ — jagte er zu Abel. — „Das läßt du deiner Frau sagen?“  
„Nichts“ — entgegnete Abel empfindend.  
„Nun möchte ich auch Gemiczky ein.“  
„Wißt kein Testament wegen?“ — fragte er.  
„Kümmert dich um die Frau nicht? Dreck!“

Abel presste die Zähne zusammen. Er antwortete nicht. Gemiczky wurde noch wütender.  
„Eine Schamvielerin hast haben müssen? Dreck! Jetzt kümmerst dich nicht um sie? Dreck!“ — und bei jeder Frage verlegte er ihm einen Tritt. — „Die Gesichte von Grauen hast haben müssen. Dreck! Was? Die Gesichte von Grauen! Du! Haderlump!“  
Die Kälte des Todeschweißes stieß über Abels Gesicht, seine Augen quollen hervor und wandten sich donneinander ab, seine Züge erstarren in gezogener Verzerrung, doch sprach er kein Wort.  
„Du Haderlump!“ — rief abermals Gemiczky und wrang wie ein wütender Hanser düht vor Abels Gesicht. Ueber seine Züge schauerte widerliche tierische Befriedigung. Er öffnete sein Lappentuch. Reichte mit efliger Grinnasse die Zähne:  
„Ich lästert die Bestie!“  
Er warf sich auf Abel, wollte ihn ein Bein. Abel stürzte zu Boden. Gemiczky brüllte wild:  
„Reißt ihn die Beine auseinander! Herrgott noch einmal!“  
Groß und matter die Soldaten Abel. Kreuzigten ihm Hände und Beine.  
„Schneidet ihm die Hoden ans!“ — schmetterte Gemiczky mit schäumenden Lippen.  
Die Soldaten rissen Abel die Hoden ans.  
„Fint, du Dreck!“ — sprach ihm Gemiczky voll Stiel an. — „Hast eine Schamvielerin befreit, du Bestie!“  
In diesem Augenblick gelte eine Frauenstimme aus der Tür.  
„Der ist hier der Kommandant?“ — Klang Solas Stimm mit hysterischer, abartiger Energie.  
Die Offiziere wandten sich ihm zu.  
Sola stand in der Tür, sah gerade mit den Fäusten eines Soldaten beiseite. Ihre Schamheit flammte in hässlicher Erregung. Aus ihrem geweiteten Munde loderte die

Würde des sich auflehrenden Menschen. Sie war befehlend, stolz, mächtig, entschlossen und fest.  
Hardegg stellte sich vor sie hin, mit spöttischem Gesicht. Er hatte auf diesen Augenblick gewartet.  
„Sie sind es?“ Sola schaute über ihn hinweg. Und jagte mit verächtlichem Zorn: „Herrlich! Herr Graf!“ Hardegg wühlte in der Luft. In seinen Worten feierte grandamer Zynismus Orgien:  
„Aber Künstlerin!... Wegen eines Juden?“  
Er stemmte die Hände in die Seite, betrachtete so Sola.  
Zwei Ausgehaltene standen einander gegenüber. Der bettelhafte, abenteurernde Magnat, der Mann, der sein Geschlecht verabscheuten reichen Frauen verkauft hatte, stand nun als Emporgekommener der verhöhten Geliebten heimreicher Aristokraten gegenüber, nach der es ihn vergeblich verlangt hatte, die er nicht bekommen, nicht bezahlen hatte können, denn er war ja auch selbst ein Ausgehaltener. Nun triumphierte er.  
„Sie?“ — fragte er. — „Sie? Sie belieben den kleinen Finger zu rühren? Wegen eines Juden? Wegen diesem da?“  
Er drehte sich um und wies mit seiner Reitgerte auf Abel.  
Sola erblühte erst jetzt Abels ausgezehrten, aufgedackten Körper, sein blutbeschnitztes Gesicht.  
Sie jammerte nicht auf, brach nicht zusammen, verlor nicht den Kopf, rauschte sich nicht das Haar, freisetzte nicht, — war anders geartet, und dies brach nun mächtig aus ihr hervor. Sie richtete sich gerade auf, als wäre sie aus Stahl geschmiedet. Sprach kalt, schneidend, scharf, wie eine Säbelklinge:  
„Dies ist mein Mann! Sie wissen, wer ich bin! Ich fordere, daß Sie ihn sofort freilassen! Nicht wagen, ihn auch nur mit dem Finger anzurühren! Denn sonst drehe ich Ihnen den Finger um!“  
(Fortsetzung folgt)

Der wirkliche Grund zum Verbot dürfte die Entschlüsse über das Treiben der verhafteten Ehrhardt-Banden (siehe die nächste Meldung) sein. So etwas fällt den Patrioten der Drgesch-Republik auf die Nerven.

### Die „Umänderung“ des Heineschen Schießverlases.

Seit der Erschießung des Kommunisten Lohse „auf der Flucht“ war die SPD-Presse voll der Ankündigung, daß nun wirklich und wahrhaftig der verächtliche Schießverlaß des verächtlichen Heine umgeändert werden müßte. Das tatsächlich jetzt „umgeänderte“ Ding sieht so aus:

Erlaß, betreffend das Recht der Polizeibeamten zum Gebrauch der Schusswaffe vom 16. Dezember 1921.

- Die mit unterstellten Polizeierstatten, Hilfspolizeierstatten und Landjägerbeamten dürfen von der Schusswaffe Gebrauch machen:
- a) zur Abwehr eines Angriffs oder einer Bedrohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben des Beamten oder der in seinem Schutz befindlichen Personen. Dieser Fall ist auch dann gegeben, wenn die Täter der mit den Worten: „Waffen nieder, oder ich schieße“, „Hände hoch, oder ich schieße“, oder ähnlich zum Ausdruck gebrachten Aufforderung des Beamten, Waffen oder andere gefährliche Werkzeuge niederzuliegen oder loszulassen, nicht sofort nachkommen oder die niedergelegten oder losgelassenen Waffen oder Werkzeuge wieder aufzunehmen sich anstehen.
  - b) Zum Anhalten von Personen, die sich der Feststellung, Festnahme und Festhaltung seitens des Beamten durch die Flucht zu entziehen versuchen. — Bei offensichtlich geringfügigen Verfehlungen, insbesondere politischen Charakters, darf inebenso von der Schusswaffe zur Verhinderung von Fluchtversuchen nicht Gebrauch gemacht werden.
- Dem Gebrauch der Schusswaffe gegen Flüchtende muß der Anruf: „Halt, oder ich schieße!“ oder: „Hände hoch, oder ich schieße!“ erfolglos vorausgegangen sein. Der Anruf kann nötigenfalls durch zwei- bis dreimal hintereinander in die Luft abgegebene Schüsse ersetzt werden.
- Dem Erlaß sind die folgenden allgemeinen Richtlinien beigegeben:
1. Der Gebrauch der Schusswaffe ist nur zulässig, wenn die Anwendung anderer Mittel offenbar nicht zum Ziele führen würde.
  2. In keinem Falle darf er weitergehen, als es zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich scheint.
  3. Gegen Kinder darf die Schusswaffe überhaupt nicht angewandt werden.
  4. Auf die Verhütung von Gefahren für Unbeteiligte, insbesondere in bewegten Straßen und geschlossenen Räumen, ist sorgfältig Bedacht zu nehmen.
  5. Festgenommene Personen sind unverzüglich darauf hinzuweisen, daß bei Fluchtversuch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden kann.

Danach bleibt alles beim alten. Jeder Mißliebige kann nach wie vor „auf der Flucht“ erschossen werden. Weber wird ein orgeschwätiger Ordnungsmann sich den Kopf zerbrechen darüber, ob nur ein politisches Vergehen vorliegt, noch werden ihm bei der Verhaftung eines „kommunistischen Verbrechers“ die verknäuelierten Schießbestimmungen einfallen, sondern er wird sich einfach nur danach richten, daß er schießen darf. „Nicht einmal Flüchtende“ brauchen erst angerufen werden. „Der Anruf kann nötigenfalls durch zwei kurz hintereinander in die Luft abgegebene Schüsse ersetzt werden.“ Nötigenfalls können diese Schüsse ja auch sofort den „Verbrecher“ treffen. Wer will das nachher beurteilen, wenn der Kommunist zur Strecke gebracht ist? Die revolutionäre Arbeiterschaft darf nicht ruhen und rasten, bis nicht der Heinesche und Sebering'sche Schießverlaß, diese Schmach der deutschen Revolution gefallen ist.

## Schlesische Rundschau.

### Wie der Wucher bekämpft wird.

Die Regierung fühlt, daß irgend etwas gegen den zu offensichtlich betriebenen Wucher getan werden muß. Herr Sebering erläßt Erlasse gegen den Wucher. Die Wucherer und Schieber lächen darüber. Und mit Recht. Dieselbe Regierung, die auf Veranlassung des Minister Hermes die Freigabe des Handels für Agrarprodukte, also die Freiheit des Wuchers proklamiert hat, bekämpft jetzt den von ihr herausgeschworenen Wucher. Sie tut das nicht etwa aus innerer Ueberzeugung, sie tut es, weil die Hungerrebellionen irgend eine Tat notwendig machen. Ganz abgesehen davon, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die ja nur auf den Profit (abgeschwächter Ausbruch für Wucher) eingestellt ist, ein Kampf gegen den Wucher sowie ein Konflikt ist, wird bei diesem Kampf gegen den Wucher, niemals das behauchte Publikum, aber immer der wuchernde und gannende Kapitalist von seinen Beauftragten, von Polizei und Justiz Unterstützung finden. Auch der gerissenste Demagoge der SPD wird die Tatsache nicht wegleugnen können, daß gegen den Wucher ein großer Teil der Behörden noch nicht ein einziges Mal nachdrücklich eingeschritten worden ist.

Wie planlos und für das Wirtschaftsleben verhängnisvoll die Konjunktur-Maßnahmen der Regierung sind, zeigt die Kartoffelversorgung. Jetzt, nachdem die agrarischen Oberbeamten, die Kartoffeln zum größten Teil an den Mann gebracht haben, jetzt Herr Sebering in jeder Provinz einen Ausschuss einsetzt, der über die Preisfestsetzung jeweilig bestimmen soll. Nach Angaben hervorragender Landwirte beträgt der Produktionspreis eines Zentner Kartoffeln bei einer mäßigen Ernte 25 bis 35 Mark. Der Konsumant muß jedoch 120 Mark zahlen. Die Landwirtschaft ergaunert allein an den Kartoffeln Milliarden. Ja — sagt man, die Landwirtschaft muß einen Anreiz haben, sonst läßt sie die Kartoffeln erziehen und verbrennt sie zu Spiritus, da wird noch mehr verdient. Warum wird das Brennen nicht verboten. Die Republik Deutschland hat einen Vorrat von einemhalb Millionen Hektoliter Spiritus. Wir erfassen im Zweifel auch der Prolet hungrig, weil er die Kartoffeln nicht mehr bezahlen kann. Doch leben die Demokratie!

Der planlose Raubzug der Krantanker auf die Taschen des Volkes wird noch überboten durch einen Raubzug des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft. Bei Stellungnahme zur Frage der Kreditaktion, die für die Agrarier eine willkommene Gelegenheit ist, den Staat gehörig zu neppen, werden eine Menge Forderungen gestellt:

- Es wird u. a. gefordert:
- 1. Täglichste Sicherung von Person und Eigentum, wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen forwärtige Angriffe, ausreichende und rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger und anderen Produktionsmitteln. — die bisherige Erzeugung von Düngemitteln reicht nicht aus; sie muß partiell vermehrt werden. — Maßnahmen zur Bekämpfung des landwirtschaftlichen Arbeitermangels.
  - 2. Zur Beschleunigung und Erleichterung der Rohstoffversorgung wird die Landwirtschaft unmögliche Verbindungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern mittelbar zu fördern. Freier und zünftiger können sich diese vom Staat geförderter nicht geben. Sie wollen Beihilfe bei den Kauf-

# Vor der Stinnes-Koalition im Reich.

## Aufrollung der Reparationsfrage. — Stinnes geht um.

### Deutschland bittet um Zahlungsaufschub.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris nachstehendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die Deutsche Regierung auf das ernstlichste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gelingen konnte, und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war, hat die Deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der Deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit.

Unter diesen Umständen kann die Deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage wird die Deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Guthschrift aus dem Recovery Act nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Milliarden Papiermark aufbringen können.

Die Deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsaufschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bemüht ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Genehmigen Sie, wsw. gez. Wirth.

Die Note läßt erkennen, daß die Erklärung des Reichskanzlers auf Grund eingehender Verhandlungen erfolgt ist. Nicht so sehr um ein Moratorium wird es sich handeln, als vielmehr darum, eine englische Kreditanleihe zu erreichen.

Die Note ist der Vorfürher hierzu, Hagenstein, Stinnes, Rathenau, die Vertreter des deutschen Großkapitals, werden sich schon im Großenganzgen geeinigt haben mit den Entente-Kapitalisten über die Finanzkontrolle und über die deutschen Sachwerte um den Preis, daß das Industriekapital die Reichseisenbahnen erhält.

Die Note ist ein Zeichen dafür, daß Wirth auf dem besten Wege ist, sich endgültig den Stinnesleuten zu unterwerfen.

Die gemeinsame Ausbeutung durch deutsche und Entente-Kapitalisten kann das Proletariat nur dann abschütteln, wenn es alle seine Organisationen, vor allem die Milioniemacht der Gewerkschaften mobil nicht zur Vernichtung des Plans der internationalen Kapitalisten, zur Abwehr direkter und indirekter Steuern, die die Arbeiter wieder allein belasten, und zur wirklichen Erfassung der Sachwerte.

### Die Stinnespartei fordert die breite Koalition im Reich.

Vor allem aber soll die Aktion der Stinnes u. Comp. innerpolitisch, wie bereits in Preußen, nun auch im Reich die „große Koalition“, das heißt ein Stinneskabinett bringen. In dieser schweren Stunde unseres Vaterlandes heißt es, wie so oft, muß die Regierung eine breite, tragfähige Basis haben. Und so verbreitet offiziöse Korrespondenz der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“ einen Artikel unter der Ueberschrift „Vor wichtigen Entscheidungen“:

„Öffentlich ist auch der Reichstag von dem Wunsch getragen, nun endlich einmal gute, sachliche Arbeit zu

leisten und nicht kostbare Zeit durch kommunistisch-unabhängige Hysterien und Wählerereien vergeuden zu lassen. Die Reichsregierung muß auf diesem Wege mit gutem Beispiel vorangehen. Ist sie dieser Aufgabe nicht gewachsen, dann muß die Aenderung eintreten, die ihr die entsprechende feste Grundlage für segensreiche Tätigkeit verleih. Die sozialdemokratische Partei in erster Reihe wird zu beweisen haben, daß sie politisches Verständnis für die Erfordernisse der Zeit und Wirklichkeitsinn besitzt, nicht aber nur Parteitakt treibt.“

Die Situation für das deutsche Proletariat ist klar. Die Aufgabe ist der neuen Regierung von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ bereits gestellt. Die innerpolitische Parole soll sein: Gegen die kommunistisch-unabhängigen Hysterien und Wählerereien. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hofft, daß auch die sozialdemokratische Partei bereit ist, eine entsprechend feste Grundlage für eine solche „segensreiche“ Tätigkeit zu schaffen. Das Verhalten der sozialdemokratischen Führerclique in der letzten Zeit läßt erwarten, daß die Herrmann Müller, Bauer und Scheidemann sich nicht lange bitten lassen werden. Nur die erfolgreichen Versuche der Kommunisten, die proletarische Einheitsfront herzustellen, hielten sie bisher noch ab. Deshalb die Programhege der letzten Wochen mit dem Ziel, die Einheitsfront des Proletariats, die letzten Endes sich gegen die zu einem Bündnis mit Stinnes bereiten Führer der Sozialdemokratie sich wenden müssen, zu verhindern. Jetzt haben die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter das Wort. In der Einheitlichkeit der gesamten deutschen Arbeiterchaft wird es liegen, ob die gesamte Last der Wiedergutmachung der vom deutschen Militarismus und der deutschen Großindustrie verursachten Kriegsschäden von der schon über alles Maß darbenenden Masse des deutschen arbeitenden Volkes getragen werden soll.

### Stinnes-Regierung auch im „sozialistischen“ Sachsen.

Seit Görlich machen die bürgerlichen Parteien auch in Sachsen alle Anstrengungen, um die „sozialistische“ Regierung zu sprengen und sie durch die „große“ Koalition — Stinnespartei-Sozialdemokratie — zu ersetzen. Die Bemühungen haben mit verstärkter Kraft eingesetzt, seitdem die Stinneskoalition in Preußen Tatsache ist. In dieser Beziehung sind einige Vorfälle der letzten Tage besonders bemerkenswert.

Auf einem parlamentarischen Abend der Deutschen Volkspartei Sachsens in Bauen sprach der Dresdner Oberbürgermeister Wähler. Die jetzige Regierung in Sachsen gefällt ihm gar nicht. Es sei ein unerträglicher Zustand, wenn eine Regierung haben, in der die Unabhängigen tonangebend sind und in ihrem Bestand von den Kommunisten abhängig. Notwendig sei eine „Regierung der Mitte“, von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei. Kommt diese nicht zustande, dann Neuwahlen. Herr Wähler gibt aber die Hoffnung nicht auf, denn „selbst Sozialdemokraten erfüllt die jetzige Regierung mit Sorge, sie haben nur noch nicht den Mut, es offen auszusprechen.“

Im gleichen Sinne und ungefähr zu gleicher Zeit sprach der demokratische Abgeordnete Dr. Dehne in einer Mitgliederversammlung in Dresden. Das Ziel sei:

Beseitigung der sozialistischen Mehrheit, „nicht um die Sozialdemokratie von der Regierung auszuschießen“, sondern um die „große“, d. h. die Stinneskoalition in Sachsen zustande zu bringen.

Man sieht, überall sind die Stinnesleute eifrig und nicht ohne Erfolg am Werk, der Großindustrie die Wege zu ebnen. Die SPD ist es gewesen, die vor allem durch den Görlich'schen Beschluß diesen Reaktionen die Sache leicht macht. Man weiß in der Stinnespartei nur allzu gut, daß bis jetzt noch immer die SPD durch Ministerposten befähigt wurde, und wenn sie auch nur Lakaiendienste zu besorgen hatte.

Wirtschaft die größten Gefahren. Man müsse also schon jetzt Vorkehrungen treffen.

Für die Arbeitgebergruppe des Schlesischen Landbundes erlarte Oeconomierat Klein Schmidt-Rittentisch, daß die landwirtschaftliche Produktion nur durch die Anspannung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft gehoben werden könne. Man müsse ein einzig Volk von Brüdern schaffen.

### Zusammenschluß der Landarbeiter und Junker?

Die Großagraren haben es in der Gegend von Neustadt durch den Landbund oder Verband der christlichen Landwirte, wie er hier auch heißt, erreicht, einen großen Teil der Klein- und Mittelbauern für sich zu gewinnen. Nun gehen sie daran, auch die Landarbeiter in ihre Reihe zu locken. Und dazu bieten die Führer des christlichen Landarbeiterverbandes ihre Hand. Zur Beweispflichtung folgendes:

Der Landbund der Kreise Reize, Grottkau, Falkenberg und Neustadt hatte die Landarbeiter, die größtenteils im Zentralverband für Landarbeiter (christlich) organisiert sind, für den 8. Dezember 1921 zu einer Tagung nach Reize eingeladen. Die Tagung war: Zusammenschluß der Landarbeiter und Landwirte (sprach: Junker!), um auf dem Wege der Dorfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft zu gelangen, die unserem Volke so not tut. Den Vorsitz führte Rittergutsbesitzer Albin A. Schmelzgar. Landbundssekretär K. L. J. Kerschmann erklärte, der deutsche Ader habe 100 Millionen Menschen ernähren, wenn nur die Menschen davon wären. (Wahrscheinlich die Landarbeiter und Bauern.) Er betonte, daß die Landwirtschaft nicht mehr durch Schatzkammer vor der Konkurrenz des Auslandes geschützt werde. Ein wieder erwartendes Mißland bringe in Bezug auf die Land-

Der Zentralverband der Landarbeiter (christlich) waren unter anderen erschienen — Bezirksleiter J. A. N. A. Bräcken und Vorstandsmittglied Sauer-Verlin. Ersterer erwähnte, das Christentum sei das einigende Band, die Grundlage gemeinsamen Handelns. Er behaupte, daß die Intelligenz auf dem Lande die Führung mit dem Volke verloren habe. Man brauche die christliche Intelligenz, denn man habe nicht, wie die Sozialdemokratie, die jüdische Intelligenz zur Verfügung.

Sauer-Verlin führte an, daß man auf dem Boden des Christentums zu einem Ausgleich der scharfen Gegensätze und zu einer ganz anderen Steigerung der Produktion kommen könne. Die Landarbeiter dürften nicht für alle Ewigkeit zu Sklaven der Industriearbeiter gemacht werden. Reiner vertrat die Forderung der Arbeiter auf Streit. (Verträgt sich das mit dem wahren Christentum?)

Herr Rittergutsbesitzer Albin A. schloß die Versammlung mit dem Riede: Deutschland, Deutschland über alles.

Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern! Was man in Pommern durch Bestechung und Bestechungen, die man nicht gehalten hat, zu erreichen suchte, das will man hier erreichen, indem man das wahre Christentum im Munde führt. Diese Leute preisen auf das Christentum, bei ihnen handelt es sich um darum, willige Arbeitstiere zu haben. Wenn man sich Care Schere und Wohnungen anseht, im Gegensatz zu den Schlößern der Junker, dann ist nichts von Christentum zu merken. Hier gibt es kein gemeinsames Handeln, sondern Kampf und Schwärzen bis auf Messer. Enttarnung des Großgrundbesitzes und Überführung in den Gemeinbesitz, das müssen wir

Ein wieder erwartendes Mißland bringe in Bezug auf die Land-

# Gewerkschaftsbewegung.

## Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter.

Die Ortsversammlung Breslau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 15. Dezember im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Der sehr gut besuchten Versammlung lag folgende Tagesordnung vor: Bericht der Ortsverwaltung über das letzte Geschäftsjahr. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Parteidelegierten. Weihnachtsumterstützung für Arbeitslose und Invaliden.

Der erste Bevollmächtigte, Koll. Wirsich hob in seinem Bericht besonders hervor, die Lohnsteigerungen, die die einzelnen Branchen und Berufsgruppen auf Grund von Tarifabschlüssen erreicht haben. Als besonders ersichernd bei Lohnverhandlungen komme in Frage, daß abgesehen von den Graveuren und Ziseleuren, die einen Reichstarif haben, die Tarife stetig abgeschlossen werden müssen. Gegenüber den Großbetrieben seien die kleinen und handwerksmäßigen Betriebe in der Entlohnung noch weit zurück. Das Lohnniveau, an dessen Weiterbestehen die Unternehmer gar kein Interesse hätten, habe den Kollegen große Sorgen gebracht. Die „gute Konjunktur“ habe fast allen Kollegen wieder Arbeit gegeben. Abgesehen von den Kaufhelfern, wo noch eine verhältnismäßig große Zahl arbeitslos ist, sind alle Berufsgruppen voll beschäftigt. Entsprechend dieser guten Konjunktur habe die Ortsverwaltung alles versucht, die Löhne annähernd den Lebenshaltungskosten anzupassen. Eine der Hauptbetriebsfragen der Ortsverwaltung sei, den Verband zu einer Industrieorganisation zu machen. Solange noch keine Einheitsorganisation vorhanden sei, müssen die Kampfsmittel der einzelnen Organisationen ausgetauscht oder ergänzt werden. Die so oft erwähnte Austrittsbewegung aus dem Verbande habe nichts ergeben. Das Geschäftsjahr schloß bei einem Mitgliederbestand von etwa 12000, mit einem Gewinn von 11 Proz. ab.

In der Diskussion wies Koll. Wirsich darauf hin, daß man bei dem Bericht der Ortsverwaltung untersuchen müsse, welche Widerstände dem Stande der Arbeiter vor höhere Löhne, gegen die Ermittelung der Wirtschaft, der drückenden Steuerbelastung usw. entgegenstünden. Wenn schon die Ortsverwaltung darauf hinweist, daß Lohnbewegungen mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden können, wenn eine gute Konjunktur vorhanden sei, so sei jetzt die Zeit da, energisch für einen Ausgleich des gesamten Reallohnes mit den ungeheuer gestiegenen Preisen zu kämpfen. Dem tiefe gegenüber die Tatsache, daß die Tarife auf viel zu lange Zeit abgeschlossen sind. Während der Tarifzeit seien die Arbeiter auf die vom Lohnamt errechneten Teuerungszulagen angewiesen. Die Kollegen müßten erkennen, daß die jetzige Konjunktur auf genau so schwindelhafter Grundlage stehe, wie die letzte. Um den mit aller Sicherheit kommenden Rückschlag zu verhindern, um wenigstens die Arbeiterschaft vor zu starken Rückschlägen zu bewahren, müsse sie schon jetzt die kommende Sabotage der Kapitalisten zu verhindern suchen. Der Standpunkt des Hauptvorstandes, daß die Betriebsräte sich vor allem mit Fühlungs- und technischen Fragen zu beschäftigen haben, sei falsch. Die Betriebsräte gerade sind berufen, zu den Lohnkämpfen, zu den zehn Forderungen des ADGB, die eine Stimmenerhebung der Wirtschaft betreffen und die Abwälzung der Steuern auf die Schultern der Besitzenden verlangen, Stellung zu nehmen. Nicht mit Kompromissen, sondern nur mit geschloffenem Kampf aller Arbeiter ist ein Erfolg möglich. Auf wiederholte Zwischenrufe und Unterbrechungen des Vorsitzenden, diese Fragen haben nichts mit dem Geschäftsbericht zu tun, bemerkte Koll. W. treffend, daß auch die Lohnkämpfe der Breslauer Metallarbeiter, sollen sie wirklich einen Erfolg bringen, nur erfolgreich sind, wenn eine große geschlossene Front nicht nur aller Metallarbeiter, sondern aller Arbeiter vorhanden ist.

Koll. Dörrer stellte fest, daß die Teuerungszulage auf Grund der Ermittelungen des Lohnamtes den Arbeitern immer erst sechs Wochen später zugute kommen.

Koll. Reagenz machte der unklaren Haltung, die für die ISEK-Kollegen typisch ist, alle Ehre. Er hielt es für angebracht, gegen die „von außen herbeigerufenen Parolen“ des Kollegen Bericht zu protestieren. Nach seiner Meinung sei ein Betriebsratberaterschrei überflüssig. Die zehn Forderungen des ADGB haben nichts in der Generalversammlung des ISEK zu tun. Er wolle die Kampfmethoden der „Freiheit“ des „Arbeiter“ und der „Solidarität“ in Fragen der Unterstützung volkswirtschaftlicher Gefangener empfehlen, wurde aber mit Recht am Weiterreden verhindert. Eine unabhängige Kritik an der Arbeit der Ortsverwaltung wurde nicht vorgenommen.

Der Antrag auf Einberufung eines Reichsbetriebskongresses wurde gegen eine große Minderheit abgelehnt.

Die besetzten Kollegen der Ortsverwaltung wurden wiedergewählt.

Bei der Wahl der Revisioner erhielten die vereinigten ISEK und ISEK 338 bis 351 Stimmen, die Kommunisten 290 bis 285 Stimmen. Bei der Wahl der von der Revisioner Revisoren war das Verhältnis 685 bis 720 und 284 bis 332. Bei der Wahl der Parteidelegierten erhielten die Vereinigten 615 bis 630 Stimmen, die Kommunisten 249 bis 258.

Als Weihnachtsumterstützung für Arbeitslose wurden für den Dezember 100 M. bewilligt. Ausgewählte

erhalten 10 M. mehr, Invaliden und Mitglieder mit 30 bis 52 Beiträgen erhalten 10 M. weniger.

Ein Antrag, der Russlandhilfe 1000 M. aus der Lokalkasse zu überweisen, wurde abgelehnt. Die Kollegen sollen reichlich auf den Sammellisten zeichnen.

## Der Achttundentag durchbrochen.

### Der Freiförstreik in Breslau beigelegt.

Die mit am schlechtest entlohnte Berufsgruppe, die Freiför, hatten Forderungen an ihre Innungsmeister gestellt. Da diese in ihrer Verstocktheit nicht verstehen wollen, daß Freiförgehilfen auch Menschen sind, die essen müssen, lehten sie die Forderungen ab. Die Gehilfen drohten mit Streik. Diese Drohung bewirkte, daß man sich zu Vergleichsverhandlungen zusammensetzte. Die Arbeitnehmer im Freiför- und Haargewerbe nahmen in einer Versammlung mit etwas Zögern folgenden Vergleich an:

Die Arbeitgeber, die die zwanzigprozentige Zulage für November noch nicht gezahlt haben, müssen diese in Höhe von 40-75 M. nachbezahlen. Am 1. Dezember tritt eine zwanzigprozentige und am 1. Januar eine zehnprozentige Lohnerrhöhung ein.

Die Arbeitgeber sind berechtigt, ihre Gehilfen bis 7 Uhr abends zu beschäftigen. Für diese regelmäßige Ueberstunden werden 4-8 M. bezahlt.

Auch diese Forderung der Meister, die eine Durchbrechung des nach schwerem Kampf errungenen Achttundentages bedeutet, wurde von den Gehilfen angenommen.

Wir können nicht verstehen, daß der Ortsausschuß des ADGB, dem doch auch die Freiför angegeschlossen sind, diese Durchbrechung des Achttundentages geduldet hat. Der Ortsausschuß hat die Aufgabe, mit Einsetzung seiner ganzen Kraft die geringen Errungenheiten des Proletariats hochzuhalten. Es ist bezeichnend für den Geist der Breslauer Gewerkschaften, daß sie nicht jenseits Solidaritätsgefühl aufbringen und die Freiför in ihrem grundsätzlichen Kampfe unterstützen.

## Lokales.

### Stadtverordnete.

Breslau. Die Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung fallen bis weiteres aus.

### Festsetzung des Werts der Sachzüge

für den Stadtkreis Breslau nach § 160 der Reichsversicherungsordnung. Das Breslauer Gemeindeblatt enthält folgende Bekanntmachung:

- I. für Personen, welche in Haushaltungen beschäftigt werden:
  1. für Lehrer, Erzieher, Privatsekretäre, Gesellschaftsrinnen, Repäsentantinnen, Hausdamen, Kindergärtnerinnen 1. Klasse und andere Angestellte in gehobener Stellung für den Tag auf 12 M.
  2. für Diener, Kutsher, Chauffeurs, Krankenpfleger und Krankenträgerinnen, Kindergärtnerinnen 2. Klasse, Kinderpflegerinnen und ähnliche Personen für den Tag auf 10 M.
  3. für alle übrigen männlichen und weiblichen Personen für den Tag auf 8 M.
- II. für Personen, welche in gewerblichen Betrieben beschäftigt werden:
  1. für Betriebsbeamte, Vertretter, Oberkellner und Kellner und ähnliche Angestellte in gehobener Stellung, für Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken für den Tag auf 12 M.
  2. für Handwerksgehilfen und Schiffsgehilfen, Kellnerinnen, weibliche Handlungsgehilfen, für männliche Handlungs- und Apothekenlehrlinge und alle sonstigen männlichen Angestellten in Gewerbebetrieben für den Tag auf 10 M.
  3. für Handwerkslehrlinge, weibliche Handlungslehrlinge und alle in Gewerbebetrieben beschäftigte weibliche Personen, soweit sie nicht unter Nummer 1 und 2 fallen, für den Tag auf 8 M.
- III. für Personen, welche in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt werden:
  1. für unverbesserte Betriebsbeamte und andere unverbesserte Angestellte in gehobener Stellung für den Tag auf 12 M.
  2. für sämtliche aufstufsfähige Personen und Forstarbeiter (Schaffner, Förge, Anpacher, Stellmacher, Schmecke, Wirtschaftsrinnen) für den Tag auf 10 M.
  3. für alle übrigen männlichen und weiblichen Personen für den Tag auf 8 M.

Die Festsetzung zu I bis III gilt nur, wenn freier Unterhalt einschließlich der Wohnung gewährt wird. Der Wert der freien Wohnung ist in den festgesetzten Beträgen mit ein Drittel der Sätze enthalten. Wird nur freier Unterhalt — ohne Wohnung — gewährt, so ist ein Fünftel der Sätze in Abzug zu bringen.

Breslau, den 6. Dezember 1921.  
Das Versicherungsamt der Stadt Breslau.  
ges. Dr. Ergl.

## Vom Magistrat wird uns geschrieben: Vom Haushaltausschuß der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Haushaltausschuß und der Bauausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloßen in gemeinschaftlicher Sitzung, die Magistratevorlage, betr. Deckung der Kosten von zusammen 50 Millionen Mark für Zweck des Kleinwohnungsbaues der Vollversammlung zur Annahme zu empfehlen, jedoch mit der Maßgabe, daß der Tilgungssatz für die aufzunehmende Anleihe von 33 Millionen Mark von 6 auf 5 Proz. herabgesetzt wird.

## Eine Stiftung für das Johannes-Gymnasium.

Der Kaufmann Martin Herrstadt, hier, Kasstr. 38, hat den Johannes-Gymnasium 1200 M. in deutscher Reichsanleihe zur Errichtung einer Herrstadt-Stiftung mit der Bestimmung überwiehen, daß die Zinsen alljährlich zu Ostern für Bücherprämien oder zu Anschaffungen für die Unterstützungsbibliothek verwendet werden.

## Kunstausstellung.

In den Räumen der Akademie für Kunst, und Kunstgewerbe, Kaiserin-Augustaplatz 3, findet auch in diesem Jahre eine Weihnachtsgesellschaft von Schülerarbeiten statt, die in erster Linie den Zweck hat, durch Verkäufe die Lage der Schüler, die unter den heutigen Verhältnissen zum Teil eine recht schwierige geworden ist, zu verbessern. Die Ausstellung ist geöffnet von Sonntag den 18. bis Sonnabend, den 24. Dezember, täglich von 11 bis 6 Uhr.

## Ferdinand Hirth-Studien-Stiftung.

Die Jinsen der von dem Herrn Verlagsbuchhändler Dr. Arnold Hirth in Leipzig zum Ehrenn Andenken an seinen verstorbenen Vater errichteten Ferdinand-Hirth-Studien-Stiftung sollen dazu dienen, Breslauer (nicht nur städtischen) Lehrern und Lehrerinnen Beihilfen zur Erziehung der Kinder zu gewähren. Die Stiftungszinsen werden Ende März i. J. verteilt. Eingehend begründete Gesuche um Berücksichtigung bei der nächsten Verteilung sind bis spätestens 25. Januar 1922 an den Magistrat, Abteilung für die Schulverwaltung, Gartenstraße 3, 2. Stod., einzureichen.

Gottesberg.

## Ein Opfer der Glätte.

Am Sonnabend verrauglückte auf dem Wege zur Nachtschicht, der auf den Herrnsdorfer Gruben beschäftigt, in den 60. er Jahren stehende Bergbauer Breuer, indem er auf dem eisigen, abschüssigen Wege ausglitt und ein Bein brach. Mittels Krankentrage wurde er nach dem Wrangelschachte transportiert. Die Unfallstelle ist bei dem jetzigen Wetter sehr schlecht zu passieren, es wäre Pflicht des Wertes bei dieser Glätte Sand zu streuen. Das Unglück wäre dann vermieden worden.

## Versammlungs-Kalender.

SPD. Breslau. Montag, den 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Parteilokal: Referententurnus. Alle beschäftigten und interessierten Genossen müssen zur Stelle sein.

Kommunistische Holzarbeiter. Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal: Wichtige Zusammenkunft.

Dienstag, den 20. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Parteilokal: Eine Besprechung aller erwerbslosen Parteimitglieder. Jeder erwerbslose Genosse muß erscheinen.

Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal: Fraktionsitzung der Holzarbeiter.

Dienstag, den 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in den Hubertusgärten Friedrich-Wilhelmstraße 32: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Brieffrage, Referent: Gen. Maslowski, 2. Produktivgenossenschaft, Referent: Gen. Dlsner, 3. Internationale Russlandhilfe, 4. Wahl der Ortsleitung, 5. Verschiedenes. Die wichtige und reichhaltige Tagesordnung verpflichtet jedes Mitglied bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Pflicht der Diskretion- und Gehörsamkeit ist dafür zu sorgen, daß auch der letzte Genosse zur Stelle ist.

Mitgliedsbuch legitimiert. Saal ist geheizt.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Jichschetz. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, o.G.m.b.H. Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Schaupielhaus**  
Operntheater, Tel. R.256  
Sonne und Reg. 7 1/2 Uhr.  
Die Langstraße.  
Schauspielhaus, 24 Uhr.  
Sicherer Platz.

**Liebig-Theater**

Täglich 7 1/2 Uhr.

Das große  
**Dezember-**  
**Programm**

• Strickwolle •  
Schwarz und grau, günstig

**Goldgefäße**  
besonders für Brautpaare

**E. Langer,**  
Rosenstraße 25, 1. St.  
Telefon Ring 3613.

**Genossen!**  
kauft nur  
bei unseren  
Inferenten.

**Anzüge, Outwings, Raglans, Schlüpfer, gestreifte Hosen,**  
nach Mess und fertig am Lager, Verarbeitung nach allen Modellen aus nur guten Stoffen kostet 15 M. an besten die  
**Verkaufshaus feiner Herrengarderobe**  
**Berthold Schubert, Gartenstr. 12.**

**Sowjet-Russland im Bild**

**Nummer 2**  
erschien neu am 1. Dezember  
zum Preise von Mark 1,-

Diese Nummer bringt zahlreiche, zum größten Teil unveröffentlichte Bilder aus Russland. Das Titelbild zeigt das „Erwachnen des Wirtschaftens“ in „Sowjet-Russland“. Ausser dem Bild zur Erörterung am den 7. November, der roten Anne, aus den Hungergebieten und Kinderheimen mit einem Artikel über die „Arbeitslose in Sowjet-Russland“ von Edwin Hoernle. Neue Nachrichten aus dem Hungergebiet mit einem Lichtbild der vor Hitze aufgesprungenen Erde und einem Gedicht von Bruno Schönbank „Heil Russland“ machen die 12seitige Zeitung besonders empfehlenswert.

Bestellungen nimmt entgegen der Malik-Verlag  
Berlin-Hallesche, Korffstraßen 76;  
Das Komitee Arbeiterhilfe, Berlin C 54  
Rosenstraße 38.  
Ausserdem Oswald Scholz, Breslau,  
Auguststraße 122.

**Was klassenbewußte Proletarier lesen müssen!**

<b>Karl Liebknecht</b> <b>Reden und Aufsätze</b> 374 Seiten. Preis: kartoniert 28.— Mk. (für Organisationen 15.— Mk.) in Leinen 32.— Mk. <b>L. Trotzki</b> <b>Die neue Etappe</b> Die Weltlage und unsere Aufgaben 167 Seiten. Preis: 2,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>G. Snowjew</b> <b>Die Kämpfe der kommunistischen Internationale</b> 114 Seiten. Preis: 1,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>Karl Rodck</b> <b>Der Weg der kommunistischen Internationale</b> 88 Seiten. Preis: 1,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>Theesen und Resolutionen des 3. Weltkongresses der kommunistischen Internationale</b> 194 Seiten. Preis: 2,50 Mk., geb. 7.— Mk.	<b>M. Tomski</b> <b>Abhandlungen über d. Gewerkschaftsbewegung in Rußland</b> 64 Seiten. Preis: 2.— Mk., geb. 6.— Mk. <b>Dr. Eugen Pawlowski</b> <b>Der Bankrott Deutschlands</b> 189 Seiten. Preis: 2,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>E. Varga</b> <b>Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft</b> 64 Seiten. Preis: 1,50 Mk. <b>Steuerfrage und Steuerpolitik</b> 24 Seiten. Preis: 30 Pf. <b>Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917-1921</b> 74 Seiten. Preis: 2.— Mk.
---	---

Zu beziehen durch  
**Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11**  
sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.